

Die Brandmauer und die Flanke: Eine Analyse des strategischen Dilemmas der CDU/CSU im Umgang mit der AfD

Executive Summary

Dieser Bericht analysiert die vielschichtige und existenzielle Bedrohung, die die Alternative für Deutschland (AfD) für die CDU/CSU darstellt. Die Gefahr manifestiert sich auf mehreren Ebenen: als direkter Wettbewerb um Wählerstimmen, als Risiko der ideologischen Aushöhlung und als strategische Falle, die die Handlungsfähigkeit der Union einschränkt. Die Analyse zeigt, dass die Metapher der „Brandmauer“ – trotz ihrer praktischen und kommunikativen Herausforderungen – ein notwendiges und gerechtfertigtes politisches Konstrukt ist. Ihre Legitimation speist sich nicht primär aus parteipolitischen Erwägungen, sondern aus der amtlich festgestellten und gerichtlich bestätigten verfassungsfeindlichen Ausrichtung der AfD. Der Bericht kommt zu dem Schluss, dass die asymmetrische Behandlung der AfD im Vergleich zur Partei Die Linke kein medienpsychologisches Phänomen ist, sondern auf einem fundamentalen, qualitativen Unterschied in der Art der Bedrohung beruht, die beide Parteien für die freiheitlich-demokratische Grundordnung in Deutschland darstellen.

Die Natur der Bedrohung: Warum die AfD eine existenzielle Herausforderung für die Union darstellt

Die Bedrohung, die von der AfD für die CDU/CSU ausgeht, ist komplex und geht weit über üblichen parteipolitischen Wettbewerb hinaus. Sie umfasst eine ideologische Konfrontation, die zu einer programmatischen Kannibalisierung führt, einen signifikanten und anhaltenden Verlust von Wählerstimmen sowie die strategische Gefahr der Normalisierung einer extremistischen Kraft.

Ideologische Konfrontation und programmatische Kannibalisierung

Die Beziehung zwischen Union und AfD ist von einer direkten, aber asymmetrischen Konkurrenz geprägt, die in den Kernidentitäten beider Parteien wurzelt.

Die CDU/CSU versteht sich als „Volkspartei der Mitte“, deren politisches Handeln auf dem christlichen Menschenbild und den Grundwerten Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit basiert.¹ Ihr programmatisches Fundament umfasst ein klares Bekenntnis zur Europäischen Union, zur Sozialen Marktwirtschaft und zu einem wehrhaften Rechtsstaat, der jede Form des Extremismus bekämpft.¹

Die AfD hingegen positioniert sich als nationalkonservative, rechtspopulistische Partei.⁴ Ihre Ideologie ist durch Euroskeptizismus, eine ablehnende Haltung gegenüber Einwanderung und dem Islam sowie einen völkisch-nationalistischen Kern definiert.⁴ Sie wurde explizit als „Alternative“ zu den etablierten Parteien gegründet, insbesondere zur CDU unter Angela Merkel, deren Politik als „alternativlos“ kritisiert wurde.⁴

Inhaltlich ahmt die AfD bestimmte konservative Positionen der Union nach und radikalisiert diese, insbesondere in den Bereichen Migration, innere Sicherheit und traditionelle Familienbilder.⁷ Gleichzeitig bricht sie jedoch fundamental mit dem Nachkriegskonsens, den die Union maßgeblich geprägt hat. Zu diesen Brüchen zählen die Ablehnung der EU in ihrer jetzigen Form, die Förderung von Antiamerikanismus bei gleichzeitiger Nähe zu Russland sowie die offene Infragestellung von Grundpfeilern der freiheitlich-demokratischen Ordnung.⁴ Diese Dynamik schafft eine Situation, in der die Versuche der Union, ihr eigenes konservatives Profil zu schärfen – wie im Grundsatzprogramm von 2024 mit der Forderung nach Asylverfahren in Drittstaaten⁷ – von Kritikern als Annäherung an AfD-Positionen wahrgenommen werden. Dies führt zu einer Verwischung der eigenen Markenidentität und stärkt paradoxerweise die AfD, die sich als das „Original“ inszenieren kann.

Diese Konstellation offenbart eine parasitäre Dynamik: Der Erfolg der AfD ist direkt davon abhängig, dass sie die traditionelle Wählerbasis der Union angreift, indem sie vermeintliche ideologische Lücken ausnutzt, die während der Ära Merkel entstanden sind. Die Gründung der AfD durch ehemalige CDU-Mitglieder und andere Konservative als Reaktion auf die Euro-Rettungspolitik und später die Migrationspolitik von 2015 ist hierfür der Beleg.⁴ Die AfD bietet keine gänzlich neue Vision, sondern radikalisiert gezielt Themen, auf denen sie die Union rechts überholen kann. Ihr Wachstum bedeutet somit inhärent einen Aderlass für die Union, was die Bedrohung existenziell macht.

Der Wählerschwund: Analyse der Wählerwanderung von der Union zur AfD

Die AfD ist nicht nur ein politischer Konkurrent, sondern ein direkter Prädator für die Wählerschaft der Union. Quantitative Daten belegen diesen Trend eindrücklich.

Bei der Europawahl 2024 verlor die CDU/CSU rund 570.000 Wählerinnen und Wähler direkt an die AfD. Dies war der größte einzelne Zustrom für die AfD aus dem Lager einer anderen Partei und bestätigt einen anhaltenden Trend der Wählerwanderung, der das politische System Deutschlands seit dem Aufstieg der AfD prägt.¹¹

Tabelle 1: Wählerwanderung von der CDU/CSU zur AfD (Ausgewählte Wahlen)

Wahl	Wähler von CDU/CSU zu AfD	Wähler von AfD zu CDU/CSU	Quelle
Europawahl 2024	ca. 570.000	<i>nicht spezifiziert</i>	¹¹
Landtagswahl Thüringen 2024	ca. 28.000	<i>nicht spezifiziert</i>	¹²

Demografische und regionale Analysen zeigen, dass die AfD-Wählerschaft überproportional männlich ist¹³ und ihre Hochburgen in Ostdeutschland hat, wo sie in mehreren Bundesländern zur stärksten politischen Kraft aufgestiegen ist.¹³ Bei der Landtagswahl in Thüringen 2024 gelang es der AfD, nicht nur 28.000 ehemalige CDU-Wähler zu gewinnen, sondern auch 71.000 bisherige Nichtwähler zu mobilisieren, was ihre Fähigkeit unterstreicht, über das reine Abwerben von Wählern hinaus zu wachsen.¹²

Diese Zahlen offenbaren das zentrale strategische Dilemma der Union. Der massive Wählerverlust an die rechte Flanke erzeugt einen enormen innerparteilichen Druck, konservativere Positionen zu beziehen, um diese Wähler zurückzugewinnen. Doch genau diese Strategie birgt die Gefahr, eine potenziell größere Gruppe von Wählern in der politischen Mitte zu verprellen, die für die Bildung von Regierungsmehrheiten unerlässlich sind. Der Politikwissenschaftler Uwe Jun weist auf dieses Risiko hin: Eine stärkere konservative Profilierung könnte zwar einige Wähler von der AfD zurückholen, aber gleichzeitig zu Verlusten in der Mitte führen.⁷ Dies ist die strategische Falle, in der sich die Union befindet.

Die Normalisierungsfalle: Die strategische Gefahr von Nähe und Kooperation

Die größte Gefahr für die Union liegt nicht im direkten Wettbewerb, sondern in der schleichenden Erosion demokratischer Normen durch jede Form der Annäherung an die AfD.

Jede Zusammenarbeit, sei sie auch nur passiv durch die Annahme von AfD-Stimmen für eigene Anträge, bricht ein politisches Tabu. Sie signalisiert, dass die AfD ein „normaler“ politischer Akteur sei, und trägt so zur Legitimierung ihrer extremistischen Positionen bei.¹⁷ Dieser Prozess der Normalisierung macht die Partei für ein breiteres Wählerspektrum wählbar.

Wenn die CDU/CSU Rhetorik oder Politikvorschläge übernimmt, die eng mit der AfD assoziiert werden, führt dies oft nicht zur Rückgewinnung von Wählern, sondern stärkt die Agenda der AfD. Wähler, die von diesen Positionen angezogen werden, neigen dazu, das „Original“ der „Kopie“ vorzuziehen.¹⁹ Die Debatte um das von Friedrich Merz vorgeschlagene „Zustrombegrenzungsgesetz“ illustriert dies: Kritiker sahen darin eine gefährliche inhaltliche Konvergenz mit den Forderungen der AfD, was letztlich deren Themenführerschaft bestätigte.²⁰

Als traditioneller Anker der Mitte-Rechts-Parteien ist die Glaubwürdigkeit der Union untrennbar mit ihrem Bekenntnis zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung verbunden. Jede Annäherung an eine als extremistisch eingestufte Partei untergräbt diese Glaubwürdigkeit, beschädigt das Ansehen bei moderaten Wählern und potenziellen Koalitionspartnern wie SPD und Grünen und schwächt letztlich das gesamte demokratische System, indem die Grenzen zwischen demokratischem Konservatismus und Rechtsextremismus verwischt werden.²⁰

Die „Brandmauer“: Eine kritische Untersuchung eines politischen Verteidigungsmechanismus

Die „Brandmauer“ ist das zentrale Konzept im Umgang der Union mit der AfD. Sie ist zugleich politische Metapher, Kommunikationsstrategie und, wie sich zeigt, eine verfassungsrechtlich gebotene Notwendigkeit.

Anatomie einer Metapher: Die „Brandmauer“ im politischen Diskurs

Der Begriff „Brandmauer“ (oder französisch *Cordon Sanitaire*) bezeichnet im politischen Kontext die strikte Abgrenzung demokratischer Parteien von extremistischen Bewegungen. Sie soll, analog zu einer Brandschutzmauer im Bauwesen, verhindern, dass das „Feuer“ des Extremismus auf das etablierte politische System übergreift.²²

Für die Union wurde dieses Konzept zu einem zentralen Versprechen, das der Parteivorsitzende Friedrich Merz bei seinem Amtsantritt prägnant formulierte: „Mit mir wird es eine Brandmauer zur AfD geben“.²⁴ Diese Aussage sollte eine absolute und unmissverständliche rote Linie signalisieren.

Trotz dieser kategorischen Rhetorik wurde die Standfestigkeit der Brandmauer wiederholt infrage gestellt. Die folgende Chronologie der Äußerungen von Friedrich Merz verdeutlicht die Spannung zwischen dem postulierten Prinzip und der politischen Praxis.

Tabelle 2: Chronologie der Äußerungen von Friedrich Merz zur „Brandmauer“ (2018–2025)

Datum	Zitat (Auszug)	Kontext/Quelle	Implikation
Dez. 2019	„Eine Zusammenarbeit mit einer solchen Partei, die rechtsradikale Neonazis in ihren Reihen nicht nur duldet, sondern aktiv fördert, kommt für die Christlich Demokratische Union nicht infrage.“	Warnung an die eigene Partei	Absolute Ablehnung jeder Zusammenarbeit
Juni 2023	„Solange ich Parteivorsitzender der CDU bin, wird es keinerlei Zusammenarbeit mit dieser Partei	ZDF-„heute journal“	Bekräftigung der absoluten Abgrenzung

	geben [...] unter der Hand, über der Hand, auf dem Tisch, unter dem Tisch, mit mir und uns nicht.“		
Juli 2023	„Wir sind doch selbstverständlich verpflichtet, demokratische Wahlen zu akzeptieren. [...] Und wenn dort ein Landrat, ein Bürgermeister gewählt wird, der der AfD angehört, ist es selbstverständlich, dass man nach Wegen sucht, wie man in dieser Stadt, in diesem Landkreis dann auch weiter arbeiten kann.“	ZDF-Sommerinterview	Öffnung für Zusammenarbeit auf kommunaler Ebene
Aug. 2023	„Wir arbeiten mit der AfD nicht zusammen. Nicht in den Parlamenten, nicht in den Kommunalvertretungen. Ein Nein ist ein Nein.“	ARD-„Sommerinterview“	Zurückrudern und erneute Bekräftigung des Prinzips
Jan. 2025	„Wir werden nächste Woche in den Deutschen Bundestag Anträge einbringen, die	Nach Messerattacke in Aschaffenburg	Inkaufnahme von AfD-Stimmen für eigene Anträge

	ausschließlich unserer Überzeugung entsprechen. Und wir werden sie einbringen, unabhängig davon, wer ihnen zustimmt.“		
--	---	--	--

Quellen: ²⁴

Diese Chronologie zeigt eine Entwicklung von einer prinzipiellen, unbedingten Ablehnung hin zu einer pragmatischeren, aber auch widersprüchlicheren Haltung, die die Glaubwürdigkeit der Brandmauer untergräbt.¹⁹

Das psychologische Schlachtfeld: Framing, Märtyrertum und die Medien

Die medienpsychologische Wirkung der Brandmauer ist ambivalent. Ihre primäre Funktion ist kommunikativer Natur: Sie dient als klares Signal an Wähler, Koalitionspartner und die internationale Öffentlichkeit, dass die Union fest im demokratischen Konsens verankert ist und jede Verbindung zur extremen Rechten ablehnt.

Gleichzeitig nutzt die AfD die Brandmauer strategisch zu ihrem Vorteil. Sie stellt die Ausgrenzung als undemokratisches „Kartell“ der etablierten Parteien dar, das den „Willen des Volkes“ unterdrücken wolle.²⁴ Dieses Narrativ ermöglicht es der AfD, sich als Opfer oder Märtyrer zu inszenieren, was bei ihrer anti-establishment-orientierten Wählerschaft stark verfängt.¹⁷

Die mediale Fokussierung auf die Brandmauer ist durch ihre politische Zentralität gerechtfertigt. Jeder wahrgenommene Riss wird zur Nachricht, da er die Stabilität des politischen Systems berührt. Diese intensive Beobachtung kann zwar das Märtyrernarrativ der AfD verstärken, erfüllt aber zugleich die wichtige demokratische Funktion, die Union an ihren eigenen Prinzipien zu messen.

Das verfassungsrechtliche Fundament: Das Urteil des Verfassungsschutzes als Rechtfertigung

Das stärkste Argument für die Brandmauer ist, dass sie nicht nur eine politische Entscheidung, sondern eine verfassungsrechtliche Notwendigkeit darstellt.

Das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) hat die AfD als Gesamtpartei offiziell als „gesichert rechtsextremistische Bestrebung“ eingestuft.²⁹ Dies ist die höchste Verdachtsstufe und basiert auf umfassenden Belegen, dass die Partei als Ganzes aktiv gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung agiert. Diese Einstufung wurde bereits für die Landesverbände in Thüringen, Sachsen und Sachsen-Anhalt vorgenommen und ist auch für die Bundespartei gerichtlich bestätigt worden.³⁰

Diese Klassifizierung hat weitreichende rechtliche und politische Konsequenzen. Sie senkt die Hürden für nachrichtendienstliche Beobachtung³³, schafft die Grundlage für einen möglichen Ausschluss von der staatlichen Parteienfinanzierung²⁹ und erleichtert disziplinarrechtliche Maßnahmen gegen Beamte, die sich in der Partei engagieren, da diese einer besonderen Treuepflicht gegenüber der Verfassung unterliegen.²⁹

Die Einstufung durch das BfV liefert eine objektive, staatlich legitimierte und gerichtlich überprüfte Grundlage für die Brandmauer. Sie erhebt die Abgrenzung von einer parteipolitischen Strategie zu einem Akt der Verfassungsverteidigung. Die Union grenzt sich somit nicht nur von einem politischen Konkurrenten ab, sondern verteidigt die Verfassungsordnung, die sie zu schützen geschworen hat. Zahlreiche Zitate von AfD-Funktionären, die den Nationalsozialismus relativieren oder offen rassistische und gewaltverherrlichende Inhalte transportieren, untermauern die Richtigkeit dieser Einstufung.³⁵

Die amtliche Einstufung verändert somit den Charakter der Brandmauer fundamental. Sie ist nicht länger nur eine politische Strategie, die von der AfD als parteitaktisches Manöver denunziert werden kann. Sie wird zu einer verfassungsrechtlichen Verpflichtung. Dies ermöglicht es der Union, ihre Haltung neu zu rahmen: „Wir grenzen keinen Wettbewerber aus, sondern wir verweigern die Zusammenarbeit mit einem bestätigten Feind der Verfassung.“ Diese Argumentation verlagert die Debatte von der politischen Arena auf die Ebene des Verfassungsrechts und entzieht dem Märtyrernarrativ der AfD seine Grundlage.

Die asymmetrische Abgrenzung: Ein gerechtfertigter Doppelstandard für AfD und Die Linke?

Die öffentliche Debatte fokussiert sich stark auf die Brandmauer zur AfD, während der ebenfalls existierende Unvereinbarkeitsbeschluss gegenüber der Linkspartei weniger Beachtung findet. Diese Asymmetrie ist jedoch inhaltlich und strategisch begründet.

Der Unvereinbarkeitsbeschluss: Eine symmetrische Resolution für asymmetrische Bedrohungen

Auf ihrem 31. Bundesparteitag im Dezember 2018 fasste die CDU einen Beschluss, der Kooperationen mit beiden politischen Rändern ausschließt: „Die CDU Deutschlands lehnt Koalitionen und ähnliche Formen der Zusammenarbeit sowohl mit der Linkspartei als auch mit der Alternative für Deutschland ab“.²⁸

Die offizielle Begründung der CDU differenziert jedoch klar zwischen den beiden Parteien²⁸:

- **Gegen Die Linke:** Die Ablehnung gründet auf ihrer historischen Nachfolge der SED, der Staatspartei der DDR-Diktatur, ihrem antikapitalistischen Ziel eines „demokratischen Sozialismus“, der mit der Sozialen Marktwirtschaft unvereinbar ist, ihrer Anti-NATO-Außenpolitik und dem Fortbestehen extremistischer Strömungen innerhalb der Partei.²⁸
- **Gegen die AfD:** Die Ablehnung basiert auf ihrem antidemokratischen, völkisch-autoritären und geschichtsrevisionsistischen Charakter, ihren Angriffen auf demokratische Institutionen, dem Schüren von Hass und Spaltung sowie ihrer anti-europäischen und anti-transatlantischen Ausrichtung.²⁸

Die symmetrische Form des Beschlusses ist eine praktische Anwendung der „Hufeisentheorie“, die davon ausgeht, dass sich die extreme Linke und die extreme Rechte in ihrer Ablehnung der liberalen Demokratie annähern.³⁸ Dieses Framing ermöglichte es der CDU, sich durch die Schaffung gleicher Distanz zu beiden Polen als Partei der Mitte zu positionieren.

Ein qualitativer Unterschied der Gefahr: Die Bedrohung der demokratischen Ordnung im Vergleich

Obwohl beide Parteien außerhalb des ideologischen Konsenses der Union stehen, ist die Art

ihrer Herausforderung für den deutschen Staat fundamental verschieden.

Die Linke stellt den *wirtschafts- und außenpolitischen Konsens* der Bundesrepublik infrage. Ihre Ziele, wie die Überwindung des Kapitalismus oder der Austritt aus der NATO, sind radikal, werden aber überwiegend im Rahmen der parlamentarischen Ordnung verfolgt. Obwohl einzelne Strömungen vom Verfassungsschutz beobachtet werden, wird die Partei als Ganzes nicht als verfassungsfeindlich eingestuft.²⁸

Die AfD hingegen greift das *verfassungsrechtliche und anthropologische Fundament* der Bundesrepublik an. Ihr völkischer Nationalismus und ihre Rhetorik gegen Minderheiten attackieren den Grundsatz der Menschenwürde (Artikel 1 des Grundgesetzes), den unantastbaren Kern der deutschen Verfassung. Die Einstufung durch das BfV bestätigt, dass ihre Ziele nicht nur auf eine andere Politik, sondern auf die Untergrabung des demokratischen Systems selbst gerichtet sind.²⁹

Daraus ergibt sich eine klare Asymmetrie: Die Bedrohung durch Die Linke ist primär eine des tiefgreifenden *politischen und ideologischen Dissenses*, während die Bedrohung durch die AfD eine der *fundamentalen Gegnerschaft zur Verfassungsordnung* ist. Dieser qualitative Unterschied rechtfertigt eine absolutere und dringendere Form der Abgrenzung – die Brandmauer – gegenüber der AfD.

Pragmatismus versus Prinzip: Die Zukunft eines brüchigen Konsenses

Der politische Druck, insbesondere in den ostdeutschen Bundesländern, erzwingt eine Neubewertung des Unvereinbarkeitsbeschlusses. In Ländern wie Thüringen und Sachsen haben Wahlergebnisse zu Parlamenten geführt, in denen eine stabile Regierungsbildung ohne die AfD oder Die Linke rechnerisch kaum möglich ist.⁴¹ Dies zwingt die CDU zur Wahl zwischen Minderheitsregierungen, Neuwahlen oder einer Lockerung ihrer Haltung.

Nach der Landtagswahl in Thüringen 2024 forderten prominente CDU-Politiker wie der ehemalige Generalsekretär Mario Czaja die Aufhebung des Kooperationsverbots mit der Linkspartei. Er bezeichnete es als „absurd“, nicht mit dem pragmatischen Flügel der Linken zusammenarbeiten zu können, um stabile Verhältnisse zu schaffen und die extremistische AfD von der Macht fernzuhalten.⁴¹

Diese Debatte zeigt die wachsende Erkenntnis in Teilen der Union, dass der symmetrische Bann politisch untragbar und strategisch unklug geworden ist. Eine unnachgiebige Brandmauer gegen die gesichert extremistische AfD bei gleichzeitiger Ermöglichung pragmatischer Absprachen mit einer politisch unliebsamen, aber verfassungsrechtlich agierenden Linkspartei wird zunehmend als notwendige Differenzierung zur Sicherung der

demokratischen Stabilität angesehen.³⁸ Der medienpsychologische Fokus auf die „Brandmauer“ zur AfD ist somit ein direkter Reflex dieser erkannten Asymmetrie in der Bedrohungslage.

Fazit und strategische Empfehlungen für die Union

Synthese der Ergebnisse

Die Analyse hat gezeigt, dass die AfD eine existenzielle Bedrohung für die CDU/CSU darstellt. Ihre parasitäre Wählerstrategie und ihre verfassungsfeindliche Natur heben sie von allen anderen politischen Wettbewerbern ab. Die „Brandmauer“ ist ein notwendiger, wenn auch in der Praxis herausgeforderter Verteidigungsmechanismus, dessen Rechtfertigung sich nun fest auf die Einstufung durch den Verfassungsschutz stützt. Die asymmetrische Behandlung von AfD und Die Linke ist folglich nicht nur gerechtfertigt, sondern für die Aufrechterhaltung demokratischer Regierungsfähigkeit strategisch essenziell.

Bekräftigung der Brandmauer

Die vorrangige Empfehlung für die Union muss lauten, eine absolute und unmissverständliche Brandmauer gegenüber der AfD aufrechtzuerhalten. Diese Politik sollte konsequent und öffentlich nicht mit parteipolitischem Wettbewerb, sondern als verfassungsrechtliche Pflicht auf Grundlage der BfV-Einstufung begründet werden. Jede Form der Ambiguität, wie sie in der Vergangenheit von der Parteiführung gezeigt wurde, ist strategisch schädlich, da sie die Glaubwürdigkeit dieser fundamentalen Position untergräbt.

Eine Strategie der substantiellen Differenzierung

Die wirksamste Langzeitstrategie gegen die AfD ist nicht die Nachahmung, sondern die klare Abgrenzung durch Inhalte. Die Union muss eine positive und substantielle Vision für Deutschland formulieren, die die Sorgen der Bürger in den Bereichen Sicherheit, Wirtschaft

und Migration aufgreift, dies aber innerhalb eines Rahmens, der unzweideutig dem Rechtsstaat, der europäischen Integration und der Menschenwürde verpflichtet ist.¹ Indem die Union eine überzeugende „Alternative für Deutschland mit Substanz“ bietet – ein Zitat von Friedrich Merz selbst²⁵ –, kann sie ihre Position als glaubwürdiger Mitte-Rechts-Anker der deutschen Politik zurückgewinnen und die extremistische Alternative irrelevant machen.

Referenzen

1. Grundsatzprogramm der CDU Deutschlands Deutschland sicher in ..., Zugriff am September 4, 2025, https://www.cdu.de/app/uploads/2025/08/240507_CDU_GSP_2024_Beschluss_Parteitag.pdf
2. Grundsatzprogramm der Christlich Demokratischen Union Deutschlands - Geschichte der CDU - Konrad-Adenauer-Stiftung, Zugriff am September 4, 2025, <https://www.kas.de/de/web/geschichte-der-cdu/dokumente-zur-geschichte-der-cdu/-/content/1978-grundsatzprogramm-ludwigshafen-cdu>
3. CSU-Grundsatzprogramm.pdf - CSU.de, Zugriff am September 4, 2025, <https://www.csu.de/common/download/CSU-Grundsatzprogramm.pdf>
4. Alternative for Germany - Wikipedia, Zugriff am September 4, 2025, https://en.wikipedia.org/wiki/Alternative_for_Germany
5. Die Programmatik der AfD | Parteien in Deutschland | bpb.de, Zugriff am September 4, 2025, <https://www.bpb.de/themen/parteien/parteien-in-deutschland/afd/273132/die-programmatik-der-afd/>
6. The AfD | Parties in the German Bundestag - deutschland.de, Zugriff am September 4, 2025, <https://www.deutschland.de/en/topic/politics/the-afd-parties-in-the-german-bundestag>
7. CDU-Parteitag: Was steht im Grundsatzprogramm? - Deutschlandfunk, Zugriff am September 4, 2025, <https://www.deutschlandfunk.de/cdu-grundsatzprogramm-102.html>
8. Grundsatzprogramm - Alternative für Deutschland - AfD, Zugriff am September 4, 2025, <https://www.afd.de/grundsatzprogramm/>
9. Kurz und bündig: Die AfD | Parteien in Deutschland | bpb.de, Zugriff am September 4, 2025, <https://www.bpb.de/themen/parteien/parteien-in-deutschland/afd/211108/kurz-und-buendig-die-afd/>
10. Warum das neue CDU-Grundsatzprogramm so gefährlich ist - Pro Asyl, Zugriff am September 4, 2025, <https://www.proasyl.de/news/warum-das-neue-cdu-grundsatzprogramm-so-gefaehrlich-ist/>
11. Wählerwanderung Europawahl: Woher AfD und BSW ihre Stimmen bekamen, Zugriff am September 4, 2025, <https://interaktiv.tagesspiegel.de/lab/europawahl-2024-waehlerwanderung-woher-afd-und-bsw-ihre-stimme-haben/>

12. Landtagswahl in Thüringen: Wem die AfD Stimmen abjagte – und so Wahlsiegerin wurde, Zugriff am September 4, 2025, <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/landtagswahl-in-thueringen-wem-die-afd-stimmen-abjagte-und-so-wahlsiegerin-wurde-a-2099af0b-5757-4583-b774-cbda36417594>
13. Wahlergebnisse und Wählerschaft der AfD | Parteien in Deutschland | bpb.de, Zugriff am September 4, 2025, <https://www.bpb.de/themen/parteien/parteien-in-deutschland/afd/273131/wahlergebnisse-und-waehlerschaft-der-afd/>
14. Analyse der Europawahl 2024 in Deutschland - Bibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung, Zugriff am September 4, 2025, <https://library.fes.de/pdf-files/a-p-b/21277.pdf>
15. AfD: Neueste Umfragewerte in aktuellen Wahlumfragen und im Wahltrend | Sonntagsfrage - DAWUM, Zugriff am September 4, 2025, <https://dawum.de/AfD/>
16. MONITOR - Konrad-Adenauer-Stiftung, Zugriff am September 4, 2025, <https://www.kas.de/documents/d/guest/analyse-der-europawahl-in-deutschland-2024>
17. Kurswechsel der CDU gegenüber der AfD: Strategisches Eigentor | taz.de, Zugriff am September 4, 2025, <https://taz.de/Kurswechsel-der-CDU-gegenueber-der-AfD!/6079480/>
18. Die AfD-Lüge der CDU | Prof. Dr. Christian Rieck - YouTube, Zugriff am September 4, 2025, <https://www.youtube.com/watch?v=MJXIBOqxuZE>
19. Friedrich Merz, die AfD und der Krater in der Brandmauer - News - SRF, Zugriff am September 4, 2025, <https://www.srf.ch/news/international/schaerferer-asyl-kurs-friedrich-merz-die-afd-und-der-krater-in-der-brandmauer-1>
20. Das Ende der "Brandmauer"? Merz' Asylpolitik und die AfD - Deutschlandfunk, Zugriff am September 4, 2025, <https://www.deutschlandfunk.de/merz-cdu-grenzschiessungen-afd-100.html>
21. Warum Merz die Brandmauer einreißt - JACOBIN Magazin, Zugriff am September 4, 2025, <https://jacobin.de/artikel/friedrich-merz-brandmauer-cdu-afd-migrationspolitik>
22. Brandmauer (Politik) – Wikipedia, Zugriff am September 4, 2025, [https://de.wikipedia.org/wiki/Brandmauer_\(Politik\)](https://de.wikipedia.org/wiki/Brandmauer_(Politik))
23. Was ist eigentlich die Brandmauer? - Rosa-Luxemburg-Stiftung, Zugriff am September 4, 2025, <https://www.rosalux.de/news/id/53102/was-ist-eigentlich-die-brandmauer>
24. CDU und AfD nach den Wahlen: Bleibt die Brandmauer bestehen? - Deutschlandfunk, Zugriff am September 4, 2025, <https://www.deutschlandfunk.de/brandmauer-afd-landtagswahlen-cdu-linke-bsw-100.html>
25. Friedrich Merz: Sammlung seiner Aussagen zur Zusammenarbeit mit der AfD - Spiegel, Zugriff am September 4, 2025, <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/friedrich-merz-sammlung-seiner-aussagen-zur-zusammenarbeit-mit-der-afd-a-52810f3c-6fbf-4668-82bf-227928833>

[33f](#)

26. Friedrich Merz (CDU) steht zur Brandmauer gegen die AfD – außer in Kommunen - Spiegel, Zugriff am September 4, 2025, <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/friedrich-merz-cdu-steht-zur-brandmauer-gegen-die-afd-ausser-in-kommunen-a-a162457a-6972-43e2-9c2d-9b271f1c50b7>
27. Merz' Anbiederung an die AfD: Das war's mit der Brandmauer | taz.de, Zugriff am September 4, 2025, <https://taz.de/Merz-Anbiederung-an-die-AfD/!6061889/>
28. Unsere Haltung zu Linkspartei und AfD - CDU.de, Zugriff am September 4, 2025, https://archiv.cdu.de/system/tdf/media/dokumente/cdu_deutschlands_unsere_haltung_zu_linkspartei_und_afd_1.pdf?file=1
29. AfD als „gesichert rechtsextremistisch“ eingestuft: Welche Folgen hat das?, Zugriff am September 4, 2025, <https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/afd-als-gesichert-rechtsextremistisch-eingestuft-welche-folgen-hat-das-135873/>
30. AfD: Verfassungsschutz stuft Partei als rechtsextremistisch ein - ZDFheute, Zugriff am September 4, 2025, <https://www.zdfheute.de/politik/deutschland/afd-verfassungsschutz-rechtsextremistisch-100.html>
31. AfD: Verfassungsschutz stuft gesamte Partei als »gesichert rechtsextremistisch - Spiegel, Zugriff am September 4, 2025, <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/afd-verfassungsschutz-stuft-gesamte-partei-als-gesichert-rechtsextremistisch-ein-a-c571570b-c17d-43b8-8bf6-b27699fcb8cf>
32. Verfassungsschutz stuft AfD als rechtsextremistisch ein - LTO, Zugriff am September 4, 2025, <https://www.lto.de/recht/nachrichten/n/afd-einstufung-rechtsextremistisch-bfv-verfassungsschutz>
33. AfD vs. Verfassungsschutz: Streit um Rechtsextremismus-Einstufung - Deutschlandfunk, Zugriff am September 4, 2025, <https://www.deutschlandfunk.de/afd-einstufung-verfassungsschutz-rechtsextrem-100.html>
34. Einstufung als gesichert rechtsextremistisch - Dobrindt: Engagement für die AfD hat keine pauschalen Konsequenzen für Beamte - Deutschlandfunk, Zugriff am September 4, 2025, <https://www.deutschlandfunk.de/dobrindt-engagement-fuer-die-afd-hat-keine-pauschalen-konsequenzen-fuer-beamte-100.html>
35. Protokollauszug - Stadt Celle, Zugriff am September 4, 2025, <https://www.celle.de/buergerinformationssystem/wicket/resource/org.apache.wicket.Application/doc2155067.pdf>
36. Hasserfüllte und menschenverachtende Zitate der AfD, Zugriff am September 4, 2025, <https://jugendstrategie.de/hasserfuellte-und-menschenverachtende-zitate-der-afd/>
37. Unsere Haltung zu Linkspartei und AfD - CDU.de, Zugriff am September 4, 2025,

https://archiv.cdu.de/system/tdf/media/dokumente/cdu_deutschlands_unsere_haltung_zu_linkspartei_und_afd_0.pdf?file=1

38. Unvereinbarkeitsbeschluss: Die Union sollte ihre toxische Beziehung zur Linkspartei überwinden, Zugriff am September 4, 2025, <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/unvereinbarkeitsbeschluss-die-union-sollte-ihre-toxische-beziehung-zur-linkspartei-ueberwinden-a-d8c62050-3af7-4381-bd93-d9e8c18b48f8>
39. Unvereinbarkeitsbeschluss der CDU: Das Hufeisen aufbiegen | taz.de, Zugriff am September 4, 2025, <https://taz.de/Unvereinbarkeitsbeschluss-der-CDU/!6031425/>
40. Die Linke - (k)eine normale Partei - Konrad-Adenauer-Stiftung, Zugriff am September 4, 2025, <https://www.kas.de/de/analysen-und-argumente/detail/-/content/die-linke-k-eine-normale-partei>
41. Nach Landtagswahlen - Czaja (CDU) fordert Aufhebung des Unvereinbarkeitsbeschlusses zur Linkspartei - Deutschlandfunk, Zugriff am September 4, 2025, <https://www.deutschlandfunk.de/czaja-cdu-fordert-aufhebung-des-unvereinbarkeitsbeschlusses-zur-linkspartei-100.html>